

Ein Funken Hoffnung



von Florian Harms

Mittwoch, 14. August 2024

in diesen hellen Sommertagen fällt es schwer, in dunkle Gefilde zu blicken. Heute aber muss es sein. 4.000 Kilometer liegen zwischen Deutschland und dem Sudan, eher aber fühlt sich die Entfernung wie 4 Millionen Kilometer an. Anders ist es nicht zu erklären, dass sich so wenige Europäer für das Schicksal der Menschen im drittgrößten Staat Afrikas interessieren. Nach einem kurzen demokratischen Aufbruch zettelten Milizen dort einen Bürgerkrieg an, seit anderthalb Jahren bekämpfen sich die Armee von Militärherrscher Abdel Fattah al-Burhan und die RSF-Miliz des Warlords Mohammed Hamdan Daglo.

Die Folgen sind brutal: Sie haben eine der ärmsten Weltregionen in eine Katastrophe unfassbaren Ausmaßes gestürzt. Leidtragende sind in erster Linie Zivilisten. Deren Leid ist so himmelschreiend, dass es sich mit Zahlen nur unzureichend wiedergeben lässt. Dabei sind schon die bloßen Zahlen monströs:

- Zehntausende Menschen sind den Vereinten Nationen zufolge bei den Kämpfen getötet worden.
- 10 Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben – mehr als in jedem anderen Staat der Welt. 2,3 Millionen flohen in Nachbarländer.
- Fast 25 Millionen Sudanesen – die Hälfte der Bevölkerung! – befinden sich in einer kritischen Ernährungslage. Eine Dreiviertelmillion ist akut vom Hungertod bedroht. Viele sterben jetzt gerade, während Sie diese Zeilen lesen. Hilfsorganisationen wie Unicef und die Welthungerhilfe berichten: So eine schlimme Notlage hat es in der Region seit der Darfur-Krise vor 20 Jahren nicht gegeben.
- 14 Millionen Kinder brauchen dringend humanitäre Hilfe – ungefähr so viele Kinder, wie in ganz Deutschland leben: Sie leiden, sie erkranken, sie werden missbraucht oder als Kindersoldaten versklavt.
- 3,7 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind akut mangelernährt. Täglich sterben Babys in den Armen ihrer ausgezehrteten Mütter. Schulen sind geschlossen, Wege zu Wasserquellen und Hilfsstationen überschwemmt oder von Banditenbanden versperrt.

Es ist ein fürchterliches Elend, und es wird von Tag zu Tag schlimmer. Schuld daran sind nicht nur die rivalisierenden Milizen, die die Bevölkerung terrorisieren. Verschärft und verlängert wird der Konflikt durch ausländische Mächte, die mit den Mörderbanden paktieren, um an die Gold-, Uran- und Ölvorkommen des Sudan zu gelangen und sich Zugänge zu Häfen, Anbauflächen und Handelswegen zu sichern.

Allen voran Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate: Die Saudis liefern Armeechef Al-Burhan Waffen, die Emiratis rüsten dessen Rivalen Daglo auf; im Gegenzug sichern sie sich Schürfrechte, Zugang zu Minen und militärische Stützpunkte in Ostafrika. Auch die Ägypter, Russen und Chinesen mischen mit. Es ist ein klassischer Stellvertreterkrieg. Die Vereinten Nationen haben zahlreiche Beweise für die skrupellosen Geschäfte gesammelt – doch die Erkenntnisse haben keine Folgen. Denn die Regierungen friedfertig gesonnener Länder in Europa vermeiden es seit Monaten, angemessen auf die Krise im Sudan zu reagieren. Im Gegenteil: Sie schauen weg, denn seit dem Wegfall russischer Lieferungen sind Deutschland und andere EU-Staaten dringend auf Gas-Importe aus den arabischen Golfstaaten angewiesen. Deshalb lassen sie das Sterben im Sudan zwischen der Beschäftigung mit der Ukraine und dem Gazastreifen dem globalen Vergessen anheimfallen. Das ist nicht einfach Gleichgültigkeit. Das ist blanker Zynismus.

Heute jedoch eröffnet sich endlich eine Chance, dass sich das ändert, wenigstens ein bisschen: Auf Vermittlung der USA beginnen in der Schweiz Gespräche über eine Waffenruhe im Sudan. Neben den beiden lokalen Konfliktparteien ist auch Saudi-Arabien beteiligt. Die Emirate, Ägypten, die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen sind als Beobachter dabei. Ob das Treffen die schlimmste Krise Afrikas beenden oder wenigstens lindern kann? Nicht ausgemacht. Aber wenigstens einen Funken Hoffnung, den gibt es jetzt.